A7

Antrag

Initiator*innen: Friedrich Adrian (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **Call for Paper zum Wahlprogrammprozess zur Abgeordnetenhauswahl 2026 Thema: Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten**

Antragstext

Call for Paper

Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten

Facharbeitsgruppe: FAG 3 – Bildung, Wissenschaft, Jugend

Problem:

Als ehemaliger Zivildienstleistender weiß ich, wie prägend diese Zeit war – für das Selbstbewusstsein, für soziale Kompetenzen und für das Verständnis von Gesellschaft. Was man hierbei erlebt, prägt einen als junger Mensch fürs Leben. Heute gibt es zwar verschiedene Freiwilligendienste wie FSJ, FÖJ oder BFD, doch viele Berliner*innen finden keinen Platz, werden unzureichend beraten oder können sich das Engagement schlicht nicht leisten. Gleichzeitig braucht unsere Demokratie dringend junge Menschen, die Verantwortung übernehmen – gegen Rechts, für Vielfalt, für Zusammenhalt. Berlin vergibt hier großes Potenzial.

Lösungsvorschlag:

Wir machen Berlin zum Vorreiter für Freiwilligendienste und schaffen neue Perspektiven für junge und alte Menschen:

- Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienstplatz in Berlin – für alle Jugendlichen und Erwachsenen, die sich engagieren wollen, wie früher

beim Zivildienst.

- Beratungsangebote an allen Berliner Schulen, fest verankert in der Berufsorientierung.

- Stärkung des FSJ Politik mit mehr Plätzen in Abgeordnetenbüros, Fraktionen und Bezirksverwaltungen – für echte Mitgestaltung und politische Bildung.

- Ausbau des FJN (Freiwilliges Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit) durch Kooperationen mit Hochschulen und Nachhaltigkeitsprojekten.

- Erhöhung des Taschengelds und Verbesserung der sozialen Absicherung, um Chancengleichheit zu fördern.

- Anerkennung der im Freiwilligendienst erworbenen Kompetenzen, z. B. für Bewerbungen, Studium oder Ausbildung – und Ausbau der begleitenden Bildungsangebote.

Diese Maßnahmen stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern setzen auch ein grünes Zeichen gegen Demokratieverdruss und Rechtsruck.